

Im Halbe monatlich bei zweimaliger Auslieferung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts, Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienst unter Angabe Zeitung eingetragene Manuskripte sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Goole-Zeitung“ gestattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Redaktion Nr. 1142 u. Nr. 1143, der Druckerei Nr. 1139, Postfach-Rosio Leipzig Nr. 4009.

Goole-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 0,80 Spalt, 34mm Br. Millimeterzeit über deren Raum mit 20 Pf. berechn. u. in unseiner Anzeigenscheinung, allen Anzeigenscheinungen angenommen. Reklamen die 0,2 mm Br. Millimeterzeit 0,05 Pf. Anzeigen-Annahmestelle vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Br. ab 0,10 Uhr. Abstellungen, soweit zu 10 Pf., müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Ercheinung: 1. mal, Sonntag 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Veranstaltung: Halle, Neue Promenade 14, Dr. Brandtstr. 17. Haupt-Veranstaltung: Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 553.

Halle, Mittwoch, den 26. November.

1919.

Das baltische Elend.

Die Lage im Baltikum.

Berlin, 25. Novbr. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Bahnlinie Schaulen-Lauragen ist von den Litauern freigegeben worden. Es gelang gestern, einen Kohlenzug nach Schaulen durchzuführen. Mit dem Zetteln wurde ein 24 stündiger Waffenstillstand abgeschlossen. Man hofft, den Waffenstillstand zu einem dauernden zu machen. Die Entente-Kommission hat sich mit der deutschen Forderung, daß die Litauer die neuerrichtete Zone längs der Bahnlinie nach Radziwilowitz zu öffnen lassen, einverstanden erklärt. Den Litauern wurde das Gesetzentwurf, das sich noch in dem Drotok befindet und beim Rückzug nicht mitgeführt werden konnte, sowie das Eisenbahnmaterial zugehört. Die litauische Regierung wird von der Annahme dieser Regelung der deutschen Regierung noch ummitten über Mittelung machen. Sollten trotz dieser Verhandlungen litauische Truppen fernerhin den Durchzug der Deutschen zu hindern versuchen, so wird die Entente-Kommission zum Schutze des Durchzuges deutsche Truppen anfordern. Bisher sind nur etwa 80 bis 100 Mann von den Baltikum-Truppen auf deutschem Boden angekommen. Sie befinden sich in ganz trostlosem Zustande, denn sie mühten sich größtenteils ohne Geld und ohne genügende Kleidung bei streifender Kälte zu Fuß durchzuführen. Erschütternd sind die Nachrichten über den Baltikum selbst kommen. Sieben Flüsse, zur Hälfte mit Soldaten und Material besetzt, stehen wegen Verführung der Bahnlinie auf freier Strecke liegen bleiben und waren dauernd dem feindlichen Feuer ausgesetzt. In den Kasernen herrscht bittere Not, da es sowohl an Kohlen wie an Sanitätsmaterial fehlt. Ein Kasernenarzt, mit dem Notwendigen ist vorzüglich in Richtung Schaulen zugegangen.

Letzliche Banden.

Berlin, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Wie von jüdischen Kreisen mitgeteilt wird, dürfte der Rückzug der deutschen Truppen aus Ostland trotz der Forderung der Entente-Kommission die letzten Banden nicht glatt werden. Die Bände durch Ostland, die von den deutschen Truppen auf ihrem Rückzug nach Ostland genommen werden müßten, sind durch zahlreiche litauische Banden unübersichtlicher gemacht. Diese sind sehr gut bewaffnet. Es kann als sicher angenommen werden, daß die deutschen Truppen auf ihrem Rückzug mit den letzten Banden schwere Kämpfe ausfechten haben werden, die für die deutschen Truppen wahrscheinlich schwere Verluste mit sich bringen werden, da sie nicht mehr weiterzudringen sind und ihr Rückzug sich überdies in Unordnung vollzieht.

Zur Note Clemenceaus über die Gefangenen.

Berlin, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Wie sehr lautet, wird das Reichsamt wahrscheinlich schon morgen oder spätestens übermorgen eine Sitzung abhalten, in der über die Antwort auf die Kriegsgefangenennote Clemenceaus beraten werden soll.

Der Papst verwendet sich für die Gefangenen.

München, 25. Nov. Die Karlsruher Zeitung meldet: Der Papst hat sich für die Gefangenen in Ostland eingesetzt. Der Papst hat sich für die Gefangenen in Ostland eingesetzt. Der Papst hat sich für die Gefangenen in Ostland eingesetzt.

Die französischen Verpfehlungen vom August.

Berlin, 25. Nov. Zur Beurteilung der Verpfehlungen Clemenceaus in der Note über die Kriegsgefangenen wird nachmals ausdrücklich auf die Note vom 22. August 1919 verwiesen, die der Oberste Rat der Alliierten in Versailles übergeben ist, und in der es heißt: „In so weit als möglich die durch den Krieg verursachten Schäden zu mindern, haben die Alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrags mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Gefangenen betrifft, zu organisieren. Die Vorbereitung dieses Rücktransportes werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein beständiges Sekretariat beigegeben werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die Alliierten und assoziierten Mächte werden aber ausdrücklich darauf hin, daß diese maßvollende Haltung, durch die die deutschen Soldaten in großer Zahl haben, nur dann von Dauer sein kann, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.“

Keine verspätete Veröffentlichung der letzten Clemenceanote.

Berlin, 25. Nov. (Amtlich.) Drahtnachricht. In einer Berliner Mitteilungszeitung wird bemerkt, daß die neue französische Note über die deutschen Kriegsgefangenen

von der deutschen Regierung mit einer Verspätung von zehn Tagen veröffentlicht worden ist. Tatsächlich ist diese vom 15. November datierte Note der deutschen Delegation in Paris erst am Abend des 21. November nach der Abfahrt des deutschen Kuriers übergeben worden. Der Wortlaut ist von der am 22. d. M. aus Paris abgereisten und am 24. d. M. mittags in Berlin eingetroffenen deutschen Sonderdelegation der zuständigen Stelle übermittelt worden. Die Weitergabe an die Presse ist am 24. November erfolgt.

Ein französische Mitteilung zu Simsons Abreise.

Paris, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschloß, an die deutsche Forderung eine Mitteilung zu richten, in der die ganze Verantwortung für die Verzögerung des Friedensabkommens, die durch die Abreise des Herrn v. Simson veranlaßt worden ist, Deutschland zugewiesen wird.

Ein Hilferuf an den Mikado.

Zürich, 25. Novbr. (Eigene Drahtnachricht.) Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat den Mikado ersucht, die Gelände in Ostasien, über die geradezu erschreckende Nachrichten eingetroffen sind, unter japanische Dohut zu nehmen.

Besprechungen in Bitterfeld.

Bitterfeld, 25. Nov. In einer Besprechung des Militärschlichters mit den Arbeitnehmern in Bitterfeld wurde festgestellt, daß die Zurückhaltung der Truppen aus den besetzten Gebieten nicht erfolgen soll, wenn die Arbeit in den Werken wieder aufgenommen ist. Die Besetzung der Anlagen werden morgen darüber diskutiert.

Berlin, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Anknüpfung der notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Bereitstellung der notwendigen Mittel, scheint eine Entlohnung der Streikende bei Bitterfeld herbeigeführt zu haben. Außerdem nach am Montag die Arbeiter unter der Leitung des Generalkomitees der gesamten Arbeiterfront der sofortigen Zurückziehung des Hoffbefehls gegen den Arbeiter Saaz gefordert haben, sind sie im Laufe des Vormittags auf die Zurücknahme des Hoffbefehls nicht weiter zurückgekommen, sondern alle diese Forderungen fallen gelassen zu haben. In den Besprechungen des militärischen Oberbefehlshabers mit den Arbeiterführern wurde festgestellt, daß die Zurückziehung der Truppen erst erfolgen würde, wenn die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen ist.

Berlin, 25. Nov. Nach der „Post“ nehmen die Verhandlungen mit der Arbeiterfront der Antikriegsfabrik in Bitterfeld und des Elektron-Werkes I einen günstigen Verlauf, so daß die Hoffnung besteht, den Streik schnell beizulegen.

Beleuchtungseinschränkungen in Berlin.

Berlin, 25. Nov. Auf Wunsch des Kohlenverbandes Groß-Berlin treten laut „Post-Zeitung“ am Freitag neue einschränkende Bestimmungen für die Beleuchtung von Geschäftsbetrieben, Konzerten und Firmenaufnahmen in Kraft. Nach 04 Uhr abends darf Gas und Elektrizität für Beleuchtungszwecke nicht mehr verbraucht werden.

Gegen den Wucher und Schleichhandel.

Berlin, 25. Nov. Der Volkswirtschaftsminister hat den Nationalversammlung hat den Entwurf einer Verordnung gegen den Wucher und Schleichhandel angenommen, dem durch besondere Maßnahmen aus dem Reichsgebiet entzogen werden soll. Für den Bereich des Reichsgebietes soll mindestens ein Wuchergericht zur schnellen Aburteilung von Wuchern und Schleichhändlern errichtet werden. Reichsminister Schuler hat betont, daß dadurch, daß man den Wuchern und Schleichhändlern in alle ihre Verstecke Waren und Lebensmittel frei zu werden, die dann auf unheimlichem Wege den Verbrauchern zufließen würden. Zu erwidern wäre die Veröffentlichung der Namen von Wuchern und Schleichhändlern zu vermeiden. Der Minister stellte in Aussicht, daß er sich deswegen mit den Justizministern der einzelnen Länder in Verbindung setzen werde.

Zum Wiederaufbau in Frankreich.

Berlin, 25. Nov. Wie die „Mitteleuropäische Correspondenz“ mitteilt, sind die Bedingungen für den Wiederaufbau in Frankreich für den Wiederaufbau in Frankreich noch nicht bekannt. Vor Frühjahr 1920 werden voraussichtlich deutsche Arbeiter dort nicht Arbeit finden. Außerdem würden nach Verhandlungen darüber, welche Gebiete durch deutsche Arbeiter wieder aufgebaut werden sollen.

Minister Fischbeck und die Reform der Handelskammern.

Im Hinblick darauf, daß die Handelskammern bei dem künftigen Aufbau der Wirtschaftszustand-Organisation eine beträchtliche Rolle spielen werden, erscheint ihre Reform dringend geboten. Schon im Sommer 1918 befaßte sich das alte Abgeordnetenhaus mit einer Regierungsvorlage, die vor allem die Zusammenlegung der kleineren Kammern zu größeren, leistungsfähigeren Gebilden bezweckte. Diese Vorlage fiel naturgemäß dann unter den Tisch. Nunmehr hat die Regierung wiederum die Absicht, eine neue, den Zeitverhältnissen entsprechende Vorlage einzubringen. In welchem Sinne diese Vorlage gehalten sein wird, geht aus den nachfolgenden Ausführungen des Ministers Fischbeck in der Kommission der Preussischen Landesversammlung am besten hervor. Der Minister jagte dort:

Er sei überzeugt, daß es mehr als je darauf ankomme, kleine Handelskammern zu großen, leistungsfähigen Handelskammern zusammenzulegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten machten es erforderlich, in den Handelskammern Oemien zu schaffen, auf deren sachverständiges Urteil man bauen könne, wenn anders nicht diese Körperschaften von den großen Interessensvertretungen vollständig beiseitegeschoben werden sollten. Ansätze hierfür seien schon vorhanden. Deswegen sei es nun vorzuziehen seine Absicht gemein, zu geeigneter Zeit der Landesversammlung eine ähnliche Vorlage vorzulegen wie den vorjährigen Entwurf vorzulegen. Im allgemeinen sei das Ziel dieser Vorlage richtig gewesen. Inzwischen seien umfassende praktische Untersuchungen über die Bedeutung und die finanzielle Lage der Handelskammern angestellt worden. Diese Untersuchungen würden wertvolles Material für die zukünftige Beratung liefern.

Er stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht auch für die Handelskammern angebracht sei. Er sei früher an einer Handelskammer tätig gewesen, die von jeher das gleiche Wahlrecht gehabt habe, und er habe nicht beobachtet, daß damit die Gefahren verbunden seien, die man vielfach hieron befürchte. Allerdings müßten gewisse Regelungen vorgenommen werden. Wollte man das gleiche Wahlrecht glatte für alle Betriebe ohne Sonderung durchführen, so könnte es leicht geschehen, daß ein Industriezweig die Vorherrschafft an sich reiße, während weniger zahlreich, aber wirtschaftlich wichtige Zweige unvertreten blieben. Infolgedessen müßte eine gewisse Gruppen-einteilung vorgenommen und dafür Sorge zu nehmen, daß die verschiedenen Gemeinwesen, soweit sie von Bedeutung seien, zu Gehör kommen. Weiter werde man dafür sorgen müssen, daß der Kleinhandel genügend zu seinem Rechte komme. Praktisch sei in jeder Gruppe nach dem gleichen Rechte zu wählen.

Nun habe für ihn die Befragung nahegelegen, einen solchen Gelegenheit vor sich einzubringen. Aber allein einen Gelegenheit mit dem gleichen Wahlrecht einzubringen, habe er für unpraktisch gehalten, da er der Ansicht ist, daß eine Reihe organisatorischer Änderungen eintreten müßte. Die Stellung Preussens zu den Einzelstaaten sei eine andere als früher. Früher habe Preußen bei der Vorbereitung wirtschaftlicher Gesetze bestimmend gewirkt, und hierbei habe der Deutsche Handelsrat zur Verfügung gestanden; heute erfahre Preußen von wichtigen wirtschaftlichen Gesetzen häufig erst, wenn sie im Reichs Reichstag gestellt seien, und dann müßte in ganz kurzer Zeit im Reichsrat darüber entschieden werden. Deshalb hätten sich die preussischen Handelskammern aus eigener Initiative, allerdings unter seiner Zustimmung, mit seiner Unterstützung, zu einem Handelskammertag zusammengeschlossen, der das preussische Handelsministerium gegenüber den Plänen, die von der Reichsregierung in Gesetzesform an die preussische Regierung bezug, den Staaten-ausschuss herantreten, in kurzer Zeit mit sachverständigen Kommissionen; er beobachtet, ihn schon jetzt als gutachtliches Gremium anzuerkennen und ihm in der demnächstigen Vorlage eine öffentliche-rechtliche Stellung zu geben.

Er sei weiterhin abzuwarten, welche Pläne das Reich hinsichtlich der wirtschaftlichen Interessenvertretungen vorlege und wie die Handelskammern hierbei einzugliedern seien. Andererseits könne man den Entwurf auch deshalb im Augenblick noch nicht verabschieden, weil wesentliche Teile des Oemens und des Oemens vom preussischen Staatsgebiet abgetrennt werden würden. Das habe natürlich seinen Einfluß auf die Gestaltung der zukünftigen Handelskammern.

Deutschnationale Prahlerei.

Die Presse der Deutschnationalen Volkspartei hat vor kurzem provinzial- und vom Ausfall der Wahlen zum ostpreussischen Provinzial-Landtag. Von 68 Abgeordneten seien 34 deutschnational. Dieser Wahlausfall sollte beweisen, wie hart der Stimmungsumschwung zugunsten der Deutschnationalen sei. Die „Demokratische Parteikorrespondenz“ hat auf Grund von Angaben der „Zukunft“ Allgemeinen Zeitung herangezogen, daß das Wahlergebnis durch direkte Wahlen nicht zu dem Ergebnis der Wähler gehen würde, weil die Wahlen zum Provinzial-Landtag indirekt durch die Gemeindeparsellen vollzogen und dieselben Oberbürgermeister und Bürgermeister gewählt wurden, bei denen die Parteipartei ganz nebenhändig blieb. Die Korrespondenz der Deutschnationalen „Volkspartei“ will diese Darstellung nicht gelten lassen und fährt fort, daß ostpreussische Ergebnis der Wahlen zum Provinzial-Landtag als Beweis für einen Umschwung der Wähler hinreichend. Nun wird aber auch der „Nationalliberalen Korrespondenz“ am 21. November aus Ostpreußen geschrieben:

„Der Ausfall der Wahlen für den Provinzial-Landtag gibt keinesfalls ein Spiegelbild der politischen Stimmung in der Provinz. Die Wahlen sind nicht direkt, sondern durch indirekte Wahlen, nämlich durch die Gemeindeparsellen, in den Kreisaußgängen bzw. Kreisorten und in den selbständigen Städten erfolgten Wahlen. Mit Rücksicht auf die für richtig gehaltene Vermeidung eines erneuten Wahlkampfes traten die beiden Reichsparteien bei diesen letzten nationalen Wahlen möglichst überhaupt nicht nach außen hin in die Erscheinung. Man kam in den einzelnen Kreisen dahin überein, daß möglichst von den alten Mitgliedern des Kreisrates viele Persönlichkeiten wiedergewählt wurden. Nur in einzelnen Stellen wurden andere Persönlichkeiten ausgemittelt. So ergab es sich von selbst, daß in den Kreisorten zum großen Teil die alten, der konservativen Partei angehörigen Mitglieder gewählt wurden. Die Folge hiervon war, daß auch die Wahl zum Provinzial-Landtag das erwartete Ergebnis nicht brachte, sondern sich dem Ergebnis nach dem amtlichen Stimmzettel, „Solange man an der eigentlichen Basis der Wähler der deutschen Nation verbleibt, daß es ihnen (den Unabhängigen) und ihren Anhängern erlaubt ist, mit Wasserzettel ihre Theorien durchzuführen, und daß jeder der dem Gewalt entgegensteht, ein Blutbad ist, ist überhaupt keine Verhinderung möglich. Es ist ja in allen revolutionären Bewegungen so gewesen, daß diejenigen, welche die Angreifer waren und ihr eigenes Regiment an die Stelle eines anderen Regiments setzen wollten, immer die unglücklichsten waren, während diejenigen, die sich gegen den Gewalttat verteidigten, als blutige Unterdrücker hingerichtet wurden. Das ist eine alte Erfahrung; aber so intensiv, wie sie von ihrer Seite behauptet wird, und mit einer solchen Ununterbrochenheit, das ich glaube, daß noch nie hervorgetreten wie gerade jetzt. Die Herren besetzen, Besondere, Telegraphenämter, Posten, öffentliche Gebäude — das alles ist für ihr gutes Recht — werfen die Funktionäre der Regierung hinaus, und wenn dann die sogenannten Koselagerer antreten, dann ist das die schrecklichste Gemeinheit, Feindschaft und das furchtbarste Verbrechen, das jemals an deutschen Volk und in besonderem an der deutschen Arbeiterklasse begangen worden ist.“

Die Unabhängigen als Engel.

Der Vorsitzende der Demokratischen Fraktion in der Preussischen Landesversammlung, Dr. Friedberg, hat jüngst beim Etat der Unabhängigen Sozialdemokraten als Unabhängigen gebührend geteilt, indem er sagte, daß dem amtlichen Stimmzettel, „Solange man an der eigentlichen Basis der Wähler der deutschen Nation verbleibt, daß es ihnen (den Unabhängigen) und ihren Anhängern erlaubt ist, mit Wasserzettel ihre Theorien durchzuführen, und daß jeder der dem Gewalt entgegensteht, ein Blutbad ist, ist überhaupt keine Verhinderung möglich. Es ist ja in allen revolutionären Bewegungen so gewesen, daß diejenigen, welche die Angreifer waren und ihr eigenes Regiment an die Stelle eines anderen Regiments setzen wollten, immer die unglücklichsten waren, während diejenigen, die sich gegen den Gewalttat verteidigten, als blutige Unterdrücker hingerichtet wurden. Das ist eine alte Erfahrung; aber so intensiv, wie sie von ihrer Seite behauptet wird, und mit einer solchen Ununterbrochenheit, das ich glaube, daß noch nie hervorgetreten wie gerade jetzt. Die Herren besetzen, Besondere, Telegraphenämter, Posten, öffentliche Gebäude — das alles ist für ihr gutes Recht — werfen die Funktionäre der Regierung hinaus, und wenn dann die sogenannten Koselagerer antreten, dann ist das die schrecklichste Gemeinheit, Feindschaft und das furchtbarste Verbrechen, das jemals an deutschen Volk und in besonderem an der deutschen Arbeiterklasse begangen worden ist.“

Dr. Becker über die Universitätsreformen.

Dr. Becker, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Im Staatsbauhaushaltsausweis der preussischen Landesversammlung betonte Universitätssekretär Dr. Becker in einem Vortrag über die von der Regierung geplanten Universitätsreformen, daß es mehr als bisher gelte, den Studenten nicht allein eine theoretische Berufsbildung zu vermitteln, sondern sie schon während der Studienzeit in die Praxis einzuführen, besonders Ärzte und Juristen. Die Umwandlung der etatsmäßigen außerordentlichen Professoren in planmäßige ordentliche werde einige Jahre dauern. Ferner sollten Privatdozenten, die sich bereits mehrere Jahre bewährt haben, teils durch Erteilung von Lehraufträgen, teils durch Gewährung einer gewissen Garantien, die ihnen ein Mindesteinkommen sichern, unterstützt werden.

Beratung der demokratischen Partei über das Betriebsrätegesetz.

Dr. Becker, 25. Nov. Die demokratische Fraktion trat, wie der „Volks-Anz.“ meldet gestern erneut zur Beratung über das Betriebsrätegesetz zusammen. Herr von Payer als erster Referent zeigte sich zu dem Abgeben bereit. Amnestie, aber teils in der extremen Ansicht der Sozialdemokraten, die Befähigung des Betriebsratsmitgliedern entscheidenden Einfluß auf die Bilanz einzuräumen wollen. Voraussichtlich werden die Demokraten versuchen, die für heute vermittelte Beschlüsse, welche die Zustimmung nach einmal hinausgeschoben, um auf ein Komprovisum hin zu arbeiten zu können. Nach der „Volks-Anz.“ ist die Sitzung des Betriebsratsauschusses der Nationalversammlung, der die Abstimmung über die Vertretung im Ausschuss entscheiden soll, auf Mittwoch verzagt worden.

Kabinettsitzung über das Betriebsrätegesetz.

Dr. Becker, 25. Nov. (Drahtnachricht.) Das Kabinettsitzung hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage des Betriebsrätegesetzes beschäftigt, dessen wichtigste Bestimmungen in der Kabinettsitzung in erster Sitzung zur Abstimmung liegen. Es gab einstimmig keine Anstöße, daß das Gesetz vor Beginn der Reichstagsberatung

in allen drei Lesungen verabschiedet und daß es von der Zustimmung der Regierung stützenden Parteien getragen werden müsse.

Der Fall Marloh.

Oberst Reinhardt beurlaubt. Berlin, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Oberst Reinhardt ist baldmöglichst freigegeben wird beurlaubt worden. Die Beurlaubung erfolgt selbstlos im Zusammenhang mit der letzten Zeit in der „Zukunft“ gegen den Obersten Reinhardt erhobenen Angriffen wegen seines Verhaltens bei der während der Märztagen in der französischen Straße erfolgten Erschießung der 32 Matrosen. Oberleutnant Marloh wird sich wegen dieser, auf seinen Befehl erfolgten Erschießung am 8. Dezember vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

Berlin, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Es ist berichtet worden, daß der Reichspräsident Ebert und der Reichswehrminister Koste in vollem Umfange und seit längerer Zeit unterrichtet seien über die fürzlich neu aufgetauchten Anschuldigungen betreffend die Vorgänge, wegen denen der Oberleutnant Marloh in Anklagezustand versetzt worden ist. Hier ist jetzt festzustellen, daß der Reichspräsident von den erhobenen Beschuldigungen, die sich im besonderen gegen den Oberst Reinhardt richten, erst durch die Veröffentlichungen in der „Zukunft“ erfahren hat. Auch der Reichswehrminister ist über die erwähnten Beschuldigungen nicht unterrichtet gewesen. Auch er legt Wert darauf, sich in keiner Weise in das gegen Marloh laufende Gerichtsverfahren einzumischen.

Eine irreführende Meldung.

Berlin, 25. Nov. Ein kleines Aboenblatt verbreitet eine Straßburger Meldung, wonach eine Anzahl deutscher Offiziere und Beamter, die in der letzten Woche von Deutschland an Frankreich ausgeliefert worden seien, demnach vor dem Kriegsgericht eine wegen Desertions- und Hinderungen aburteilt werden würden. Eine Auslieferung deutscher Offiziere und Beamter ist nicht erfolgt. Es ist unverständlich, wie das betreffende Blatt, das über die Sachlage informiert sein muß, eine solche Nachricht verbreiten kann, die natürlich nur geeignet ist, in Deutschland größere Verwirrung herbeizuführen. Das Blatt dürfte sich jedoch bei der Auslieferung in der Sache nicht irren lassen, da der Friedensvertrag und damit die Bestimmungen noch nicht in Kraft getreten sind.

Hilfe an Oesterreich.

Berlin, 25. Nov. Zur Beratung über die Hilfeleistung an Oesterreich erfahren wir noch: Eine Abordnung der Reichsdeutschen in Oesterreich hatte gestern beim Reichspräsidenten Vorstellungen wegen der Notlage in Oesterreich erhoben. Präsident Ebert läßt sich, daß auch in Deutschland die Lage sehr ernst ist, und er hat sich für die Hilfeleistung in der Sache angenommen. Die Hilfsleistung der Deutschen wird, wenn das Kabinetts glaubt, sie übernehmen zu können, dem gesamten Reichsdeutschen zugute kommen. Jedemfalls aber wird den Reichsdeutschen in Oesterreich Hilfe geleistet werden. Oberleutnant Ebert hat bereits nach demselben Sinne die Verfügung aus, daß der obermögliche Sinn der Berliner Bürger als bald Wege finden werde, mit den bestehenden Mitteln, die uns noch bleiben, den Bürgern am Donauufer zum Ausdruck zu bringen, daß ihr Dilemma nicht unbeschrieben verfallen soll. Auch der deutsche Staat werde seine Mittel beizubringen zu dem gleichen Sinne ansetzen.

Ein deutscher Spatalkist in Wien verhaftet.

Wien, 25. Nov. Unter dem Verdachte, Ende Juli einen kommunistischen Anschlag gegen die Nordbahnbrücke geplant zu haben, ist der deutsche Spatalkist Max Coudula verhaftet worden. Er war derzeit im Zell in Wien, während seiner Beteiligung an der Märzherbst auf zwei Jahren Festungshaft verurteilt worden, aber aus dem Gefängnis entlassen und hielt sich schon längere Zeit in Wien verborgen.

Anerkennung des ungarischen Konzentrationskabinetts.

Budapest, 25. Nov. (Ungar. Korr.-Büro.) Herr von Cserkó hat am 24. Oktober erklärt, daß er sich für die Anerkennung des ungarischen Konzentrationskabinetts namens des Obersten Friedensrates als provisorische Regierung anerkennen, solange dies auf Grund von Wahlen durch die Nationalversammlung eine Entscheidung gebildet wird, sofern nämlich die Regierung die Wahlen ungeschädigt durchführt, die Leitung im Lande aufrecht erhält, nicht offenlich aufrückt, die provisorische Grenz-Ungarn respektiert und die vollen Bürgerrechte gewährleistet, einschließlich der Presse, Versammlungs- und Meinungsfreiheit und des allgemeinen Wahlrechts.

Budapest, 25. Nov. (Ungar. Korr.-Büro.) Cserkó hat gestern Abend der Regierungsgewalt vom Ministerpräsidenten Friedrich übernommen und den Amteis geleistet.

Eckwehung der Möbelausfuhr durch Frankreich.

Strasbourg, 25. Nov. Wie die „Neue Rheinische Korrespondenz“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, wird das deutsch-französische Abkommen hinsichtlich der Möbelausfuhr von zünftiger Stelle folgendermaßen ausgelegt: Die Sequenzen werden aufgehoben, aber die Ausfuhr in jedem Falle an eine besonders zu ermächtigten Ausfuhrerlaubnis geknüpft. Auf der Präferenz wurde erklärt, und außerdem von Zollbeamten bestätigt, daß auf die zur Ausfuhr gelangenden Möbel, wie längst beschliffen, ein Ausfuhrzoll erhoben wird, der außerordentlich hoch ist und sich infolge der deutschen Valutaverhältnisse noch bedeutend erhöht. Damit ist die Möbelausfuhr praktisch so gut wie unmöglich gemacht.

Schwerer Kurssturz der deutschen Mark in Holland.

Berlin, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Aus dem Haag wird gemeldet: Die in Holland aufgekündigte Menge deutschen Geldes und die Befürchtung, daß Deutschland durch die Unmöglichkeit, die erste Rate der Deutschnationalen pünktlich zu zahlen, zum Staatsbankrott gezwungen werde, ist derzeit groß, daß die deutsche Mark bereits für Ende Januar zu einem Kurse von 5 Gulden für 100 Mark zum Verkauf angeboten wird.

Martens vor dem New Yorker Staatsgerichtshof.

New York, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der Generalanwalt Martens in New York, Martens, der verhaftet wurde und sich vor dem New Yorker Staatsgerichtshof zu verantworten hatte, erklärte, daß er im Jahre 1908 und 1909 gemeinsam mit Lenin und Trotski eine Verschwörung gegen die Administration in Berlin

Land unternommen habe. Er habe die Propaganda geleitet, nachdem er aus Russland verbannt worden war und eine Gefängnisstrafe von drei Jahren in Deutschland verbüßt habe.

Eine neue Regierung in Ägypten.

London, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Von General Allenby traf ein Telegramm ein, in dem die Bildung einer neuen starken Regierung in Ägypten unter der Führung von Wadhad gemeldet wird.

Transportverwirrungen bei der russischen Nordwestfront.

St. Petersburg, 25. Nov. Nach einer Meldung aus Kien haben Verhandlungen über den Abtransport der Nordwestfront an die Denikin-Front auf dem Seewege stattgefunden. Jedoch wollen weder die Engländer noch Estland Lonnage hierfür hergeben.

England als Weltvölkerrecht.

Amsterdam, 25. Nov. „Telegraaf“ meldet aus London, daß die Regierung Haagregien trifft, um riesige Vorräte von Wolle in den Kolonien und in England selbst anzuhäufeln. Der Generaldirektor für Kolonien, Sir Arthur Godwin, teilt mit, daß man im nächsten Jahre über einen Vorrat von etwa vier Millionen Ballen verfügen werde, wovon 840 000 nach Belgien, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Italien und Japan geschickt werden sollen.

Dorten in Köln.

Berlin, 25. Nov. Als gestern Abend in Köln bekannt wurde, daß sich der aus den Sonderbundbetreibungen bekannte Dr. Dorten in der Stadt aufgehalte, sammelten sich große Massen vor seinem Quartier. Die Arbeiter der Zentralfabrikationswerke legten die Arbeit nieder und zogen geschlossen dorthin. Unter Hochrufen auf die deutsche Republik wurde die Auslieferung Dortens gefordert. Erst in später Nachtstunde konnte die Menge von deutscher und britischer Polizei, die zum Schutze Dortens aufgebunden wurde, zerstreut werden.

Zur Auslieferungstage.

London, 25. Nov. (Glasgow.) Wie verlautet, haben die alliierten und assoziierten Regierungen nunmehr gegen den Untertan einer für eine Strafverfolgung des deutschen Kaisers.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 25. Nov. (118. Sitzung.) Am Ministertische: Schiffer.

Präsident Heffenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Hg. Dulke (D. Vpt.) fragt an wegen Verletzung der Gefangenen von Tugan seitens einiger Eisenbahndirektionen für Brennholzverkauf.

Regierungssitzung wird beantwortet, daß die am 1. Oktober verhängte Sperre für Brennholzverkauf am 14. Oktober aufgehoben ist.

Hg. Frau Dr. Schmalzer (Dn.) fragt an, ob in Städten der Elmsart, die deutsch bleiben, die deutschen Beamten herausgezogen würden, wobei in einem Falle sogar polnische Postbeamte um Uebernahme des Dienstes ersucht worden sein sollen.

Regierungssitzung wird erwidert, daß von der Postverwaltung nichts dergleichen gefahren sei. Ein Grund zur Vernehmung der Reichs- oder der preussischen Beamten liege nicht vor.

Es folgt die erste Beratung des vom Hg. Gellennad (Dem.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern.

Hg. Dr. Bereshofen (Dem.) begründet den Entwurf, der besonders die Patente umfasse, die im Kriege nicht ausgenutzt werden konnten. In Frankreich und in England sind ähnliche Vorlagen angenommen worden. Wir beantragen Uebereinstimmung an den Ausschuss für Postwirtschaft.

Hg. Landesheiser (Sp.) Wir stimmen der Ausschussberatung zu. Wir sind bereit, diese Schutzrechte zu verlängern, aber nur für Inhaber, die ihr Recht im Kriege nicht ausnutzen konnten, nicht für solche, die aus ihren Patenten gerade für Kriegszwecke großen Gewinn gezogen haben.

Hg. Burlage (Ztr.) hat schwere Bedenken gegen den Entwurf aus rechtlichen und volkswirtschaftlichen Gründen. Eine Schädigung der Allgemeinheit und derjenigen, die auf den Ablauf des Patentes rechnen, liegt nahe.

Hg. Rattmann (Dn.) stimmt der Kommissionsberatung zu.

Minister Schiffer: Der ablehnende Standpunkt meines Ressorts wird von mir nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten. Die Vorstände in anderen Ländern machen eine Stellungnahme in ähnlichem Sinne nicht möglich notwendig.

Hg. Landesheiser (D. Vpt.): Meine Partei ist bereit, an der Ausgestaltung der Gesetzentwurfs mitzuarbeiten.

Hg. Dr. Cohn (U. S.): Meine Partei hat schwere Bedenken gegen den Entwurf, wird sich aber der Ausschussberatung nicht entgegenstellen.

Der Gesetzentwurf wird dem höchsten Ausschuss für Volkswirtschaft übergeben.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderung des Gesetzes vom 11. Dez. 1915 und der Verordnung vom 21. Sept. 1915, welche die Lagerungsgüter betreffen.

Minister Schiffer begründet den Entwurf. Die Maßnahmen, die für den Reichsbelagerungszustand eingeführt sind, sollen nun auch für den Belagerungszustand aus dem Lagerungsgebiet gelten.

Hg. Dr. Cohn (U. S.) beantragt, daß das im Geldkassen aus dem Belagerungszustand herausfallende Vermögen von 1500 auf 15 000 Mark erhöht werde. Keiner kommt dann auf die ungeschickliche Handhabung des Belagerungszustandes und seine Ausdehnung durch Militärbeschlüsse zu sprechen. Reichsrat ist auch in Vitterfeld wieder gegen das Gesetz gehandelt worden.

Hg. Dr. Cohn (Ztr.): Meine Partei wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Das Gesetz wird mit dem Antrag Cohn angenommen und in allen drei Lesungen erledigt. Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes über die Bekämpfung der Ausfuhr von Eisen und Stahlwaren aus Deutschland.

Die auf den 25. Okt. gestellte, wo Ende sie nur mit der ersten Sitzung seiner Mitglieder abgehandelt werden soll.

